

An
Herrn Oberbürgermeister
Dr. Eckart Würzner
Stadt Heidelberg
Rathaus | 69117 Heidelberg
Mail: 01-Sitzungsdienste@heidelberg.de
Heidelberg, 09.11.2020

Gemeinsamer Sachantrag von Bündnis 90/ Die Grünen, SPD, DIE LINKE, Bunte Linke und GAL zu TOP 1.1 des ASC am 10.11.2020: Einwohnerantrag Wohnungspolitik Heidelberg, Behandlung der Angelegenheit.

Die oben genannten Antragsteller beantragen folgendes:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. die bisherige Verwaltungsvorlage zum *Einwohnerantrag Wohnungspolitik Heidelberg* zurückzuziehen.
2. die **Zielsetzungen** der städtischen Wohnungspolitik insgesamt darzustellen und stadtentwicklungspolitisch, wohnungspolitisch und sozialpolitisch zu **begründen** und dabei detailliert auf bisherige Beschlusslagen und die aktuelle Sachlagen im Bereich der Wohnungspolitik darzustellen.
3. Wohnungspolitische Beschlusslagen vergleichbarer Städte insbesondere zu Sozialquoten im Wohnungsbau darzustellen.
4. die einzelnen Punkte des *Einwohnerantrag Wohnungspolitik Heidelberg* im Hinblick auf die **Ziele** der städtischen Wohnungspolitik detailliert einzuordnen und auf Veränderungen und Ergänzungen zu den bisherigen Beschlusslagen hinzuweisen.
5. insbesondere die Weiterentwicklung bzw. –formulierung des Handlungsprogramms Wohnen mit den im *Einwohnerantrag Wohnungspolitik Heidelberg* beantragten **messbaren Indikatoren** mit dem laut Gemeinderatsbeschluss zum Handlungsprogramms Wohnen angestrebten Ziel einer *Wohnungsbauoffensive* aufzuzeigen.
6. die notwendigen **Voraussetzungen** für deren Umsetzung darzustellen.
7. einen Umsetzungsvorschlag für die Einrichtung einer Bürgerbeteiligung gemäß Punkt m) des Antrages zu erstellen, und dabei insbesondere darstellen, wie die Beteiligung der Bezirksbeiräte erfolgen soll.
8. die Ergebnisse des SPD-Prüfauftrags vom Februar zum Thema Wohnungsbaufonds bekanntgeben.
9. eine Beschlussvorlage zur GGH-Strategie in den nächsten 10 Jahren im SEBA nach der GGH-Klausur im März/April 2021 zu behandeln. Dabei geht es insbesondere darum, wie der Bestand an bezahlbaren und geförderten Wohnungen deutlich erhöht werden kann.